

Pressemitteilung

20.11.2023

SUR-Vorschläge gefährden Acker-, Obst-, Gemüse- und Weinbau

Bauernverbandspräsident Rukwied appelliert an die EU-Abgeordneten

(DBV) Anlässlich einer anstehenden Abstimmung im Europäischen Parlament zum Vorschlag des Umweltausschusses zur Sustainable Use Regulation (SUR) warnt der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, in einem Schreiben an rund 100 EU-Abgeordnete vor den schwerwiegenden Auswirkungen dieser Vorschläge. „Eine Umsetzung dieser sehr ambitionierten Reduktionsziele beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wäre an sich schon eine erhebliche Belastung für die Bäuerinnen und Bauern in Deutschland und Europa. Sollten jedoch die generellen Verbote des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in den sogenannten „sensiblen Gebieten“ umgesetzt werden, wäre dies für die betroffenen Betriebe in solchen Gebieten das Aus.“

Die Fachhochschule Soest berechnet in einem Gutachten die zu erwartenden durchschnittlichen Ertragsverluste beim Wintergetreide auf ca. 30 Prozent, bei Kartoffeln und Winterraps würden sich diese auf ca. 40 Prozent summieren. Im konventionellen Gemüsebau käme es zu hohen Ertragsminderungen von mindestens 30 Prozent. Das Anbaurisiko ohne chemischen Pflanzenschutz ist sehr hoch; je nach Infektionsdruck, Witterung und Schädlingsaufkommen gehen die Szenarien bis zum Totalausfall. „In den so genannten sensiblen Gebieten wäre diese Verordnung das faktische Aus für den Obst-, Gemüse- und Weinbau sowie für den klassischen Ackerbau. Außerdem entzieht dieser Vorschlag einer Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz jegliche Grundlage“, so Rukwied. „Deshalb fordern wir mit Blick auf die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa nochmals eingehend die Abgeordneten auf, den Vorschlag des Umweltausschusses zurückzuweisen. Die deutschen Bäuerinnen und Bauern sind weiterhin bereit, ihren Anteil zur Erreichung des Green Deals zu leisten. Entscheidend dabei ist jedoch, dass die erforderlichen Maßnahmen auf kooperative Weise entwickelt und umgesetzt werden, anstatt die Landwirtschaft in vielen Regionen Deutschlands durch pauschale Verbote in ihrem Bestand zu gefährden.“

Autor	Deutscher Bauernverband
Rückfragen an	DBV-Pressestelle
Telefon	030-31904-240
Anschrift	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Copyright	DBV
E-Mail	presse@bauernverband.net
Homepage	www.bauernverband.de
Twitter	@Bauern_Verband
Facebook	@DieDeutschenBauern
Instagram	@diedeutschenbauern